



11/SN-327/ME

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien · Postfach 197

An das
Präsidium des NationalratesParlament
1017 W i e n

Handwritten: 11.11.1990

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	57-GER 9/90
Datum:	13. NOV. 1990
Verteilt	13. Nov 1990 <i>Handwritten: 10/9</i>

Ihre Zahl/Nachricht vom

Unsere Zahl/Sachbearbeiter

Bitte Durchwahl beachten

Datum

Fp 217/90/MG

Tel. 501 05/ 4247

08.11.90

Mag. Gareiss

Fax 502 06/ 250

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Erhöhung der Quote Österreichs beim
Internationalen Währungsfonds

Einem Ersuchen des Bundesministeriums für Finanzen ent-
sprechend beehren wir uns, Ihnen in der Anlage 22 Exemplare
der zu dem im Betreff genannten Entwurf abgegebenen
Stellungnahme zur gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Für den Generalsekretär:

Beilagen



BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Bundeswirtschaftskammer

Bundeswirtschaftskammer · A-1045 Wien · Postfach 197

An das
Bundesministerium für Finanzen
Himmelpfortgasse 4 - 8
1015 W i e n

Ihre Zahl/Nachricht vom	Unsere Zahl/Sachbearbeiter	Bitte Durchwahl beachten	Datum
GZ 00 0112/13-V/1/90 13.9.1990	Fp 211/90/MG/Dh. Mag. Gareiss	Te 501 05/ 4247 Fax 502 06/ 250	06.11.90

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes über die
Erhöhung der Quote Österreichs beim
Internationalen Währungsfonds

Die Bundeswirtschaftskammer erlaubt sich zu dem ihr mit do.
Note vom 13.9.1990, GZ 00 0112/13-V/1/90, übermittelten Entwurf
eines Bundesgesetzes über die Erhöhung der Quote Österreichs
beim Internationalen Währungsfonds nachstehende Stellungnahme
abzugeben:

Die Erhöhung der österreichischen Quote beim Internationalen
Währungsfonds von 775,6 Mill. Sonderziehungsrechten auf 1.188,3
Mill. Sonderziehungsrechte stellt eine Anhebung um ca. 53 %
dar. Diese Erhöhung entspricht etwa auch der Vergrößerung des
gesamten Fondskapitals von derzeit rd. 90,1 Mrd. Sonderzie-
hungsrechten auf rd. 135,2 Mrd. Sonderziehungsrechte.

In Anbetracht des Umstandes, daß auch Österreich in den letzten
Jahren zu jenen Ländern gehörte, die ein relativ starkes Wirt-
schaftswachstum zu verzeichnen hatten, erscheint dieser Erhö-
hungsbetrag als angemessen. Da die einem Mitgliedsland zugewie-
sene Quote auch ausschlaggebend für den Anteil am Fonds, das
Stimmrecht sowie für die eigene Inanspruchnahme des Fonds durch
dieses Mitgliedsland ist, sind nicht nur die durch die Erhöhung

Seite 2

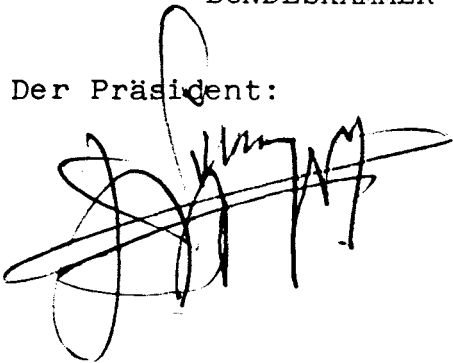
der Quote entstehenden finanziellen Belastungen des Budgets, sondern auch diese Umstände in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Die Bundeskammer ist daher der Ansicht, dass die vorgeschlagene Quotenerhöhung als ein angemessener Beitrag Österreichs zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Internationalen Währungspolitik und zur Förderung der Stabilität der Währungen anzusehen ist. Sie erhebt daher gegen diesen Gesetzentwurf keinen Einwand.

Nach Vervielfältigung dieser Stellungnahme werden 22 Abzüge hievon dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

BUNDESKAMMER DER GEWERBLICHEN WIRTSCHAFT

Der Präsident:



Der Generalsekretär:

